

# 21. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz

7./8. Dezember 2002, Hannover, Eilenriedehalle

Grüne

## Beschluss

### Europa 2004 - Resolution

In wenig mehr als 18 Monaten findet mit der Europawahl zur Jahresmitte 2004 eine politische Weichenstellung statt, die für uns Grüne in Europa sehr weitreichende Bedeutung haben wird:

Zum ersten Mal werden bis zu zehn Beitrittsländer an einer Wahl zum Europäischen Parlament teilnehmen. Das wird die parteipolitische Gewichtung innerhalb der EU verschieben. Die Europawahl wird zugleich direkt oder indirekt zu einer Volksentscheidung über die neue europäische Verfassung werden.

Die Europawahl ist eine Entscheidung über die Richtung der europäischen Politik. Für eine europäische Verantwortung für globale Gerechtigkeit oder für stärkere Abschottung und alte Wachstumspolitik. Für (multi)kulturelle Vielfalt und Schutz von Minderheiten oder für Xenophobie und Ressentiments. Für ein starkes ökologisches Europa oder für ein Weiter-so mit Euratom. Für ein föderales Europa mit gestärkter Demokratie oder für eine große Freihandelszone ohne ausreichende politische Kontrolle.

Die Aufnahme neuer Mitgliedstaaten und die damit verbundene Neuverteilung der Sitze im Europäischen Parlament kann zu einer Schwächung der Grünen im europäischen Kontext führen, wenn es nicht gelingt, als Bündnisgrüne deutlich besser abzuschneiden als 1999, wenn nicht in südlichen Mitgliedsstaaten die traditionellen Schwächen überwunden und in den Beitrittsländern starke grüne Kandidaturen aufgebaut werden können.

Die Integration und die grüne Reform Europas fortzusetzen ist ein zentrales Ziel bündnisgrüner Politik. Europa ist unsere Zukunft. Wir wollen in der Europawahl 2004 als die deutsche Europapartei erfolgreich sein. Wir wollen die Wahlkampagne 2004 als gemeinsame EU-weite europagrüne Kampagne führen, zusammen mit den anderen grünen Partnern. Nur wenn die Grünen europaweit gemeinsam



kämpfen, können wir europaweit erfolgreich sein.

Die Zusammenarbeit zwischen den europäischen Grünen hinkt bisher den Möglichkeiten und den Notwendigkeiten hinterher. Der Nizza-Vertrag bietet die Option, auf EU-Ebene eine wirkliche politische Partei zu formieren. Diese Chance wollen wir nutzen, um innerhalb einer gemeinsamen europäischen grünen Partei die Zusammenarbeit zu intensivieren. Dabei wollen wir die Nicht-EU-Grünen nicht ausgrenzen, sondern halten an der gesamteuropäischen Orientierung unserer Arbeit fest.

Deshalb beauftragt die BDK den BuVo:

- aktiv an der Vorbereitung und Entwicklung einer europaweit koordinierten grünen Wahlkampagne für 2004 mitzuarbeiten
- eine gemeinsame Wahlplattform der grünen Parteien mitzuentwickeln
- die Bemühungen zu unterstützen, die geeignet sind, die oft noch schwachen grünen Parteien in den Beitrittsländern im Rahmen von Wahlbündnissen wahlpolitisch zu stärken
- die Entwicklung der Europäischen Föderation Grüner Parteien zu einer gemeinsamen europäischen grünen Partei im Rahmen des Nizza-Vertrages und auf Grundlage des EFGP-Beschlusses vom Mai 2002 mit voranzutreiben
- die Vorbereitung der Europawahl 2004 zum Länderrats-Thema 2003 zu machen und dafür insbesondere rechtzeitig die programmatischen Grundlinien zur Diskussion zu stellen sowie einen Vorschlag für ein neues Verfahren zur Aufstellung der Europaliste vorzulegen
- die Europapolitik insgesamt zu einem Leitthema der Parteiarbeit 2003 zu machen und auf allen Ebenen unsere Politik stärker europäisch auszurichten und den Kontakt zu unseren europäischen Partnern zu suchen.

Die BDK begrüßt das Ziel der EFGP, Anfang 2004 bei einem Kongreß in Rom die Europäische Grüne Partei zu gründen und die gemeinsame Wahlkampagne zu starten.